

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 80 / 25. 02. 2005

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von BI Omega

23.02.2005

Schädigungen des Menschen durch Hochfrequenzsender sind seit Jahrzehnten "Stand des Wissens"

Vortrag von Dr. Ulrich Warnke, Fak 8.3 Biowissenschaften, Universität des Saarlandes, anlässlich des 1. Bamberger Mobilfunk-Ärzte-Symposium

am 29.01.2005 in der Otto-Friedrich Universität, Markushaus in Bamberg

Teil I: Pathologischer Wirkungsmechanismus der Schädigung: induzierter nitrosativer/oxidativer Stress

Teil II: Physikalisch möglicher Mechanismus der Schädigung: NO-Radikal-Anregung und -Stabilisierung durch Kombination von DC-Feldern mit Radio- und Mikrowellen

pdf-Datei des Vortrags: http://www.buergerwelle.de/pdf/bamberg_warnke_manuskript.pdf

19.02.2005

Studie: Schädigt Handystrahlung Spermien?

Handys vermindern möglicherweise die Qualität der Spermien: Nach den Forschungen eines australischen Wissenschaftlers schädigen Funkwellen mit den typischen Mobilfunkfrequenzen das Erbgut der männlichen Keimzellen von Mäusen. Über die Studie von John Aitken von der Universität von Newcastle im australischen New South Wales berichtet das Wissenschaftsmagazin "New Scientist".

Ob häufiger Handygebrauch das Erbgut ähnlich beeinflusst wie beispielsweise Röntgenstrahlung, wird immer wieder diskutiert. In der neuen Studie setzten Aitken und seine Kollegen 22 Mäuse eine Woche lang zwölf Stunden täglich Strahlung einer Frequenz von 900 Megahertz aus. Die Dosis lag bei etwa 90 Milliwatt pro Kilogramm Körpergewicht und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie die, der die meisten Handynutzer täglich ausgesetzt sind. Eine anschließende Untersuchung der Spermien-DNA zeigte, dass das Erbgut der bestrahlten Mäuse deutlich mehr Schäden aufwies als das von unbehandelten Kontrolltieren.

Quelle: (ddp) Autor: JF <http://www.inside-handy.de/news/2637.html> (Auszug)

Omega: siehe hierzu auch „Wirkungen von Mobilfunk und anderer EMF auf das Fortpflanzungssystem“ unter <http://omega.twoday.net/stories/459216/>

=====

INTERNET

Neu auf www.safer-world.org

Einige ältere meist einseitige Grafiken, Überlegungen, Texte nun als pdf-Dateien. Die Weiterverbreitung ist erlaubt und erwünscht, wenn Sie die Quelle nicht rausschneiden.

**Bedingungen für die Transformation von Umweltbewusstsein in umweltschonendes Verhalten
Falsche Informationspolitik**

Gesundheitliche Folgeschäden und Folgekosten von Intoxikationen

MCS geht alle an!

MCS-krank in der BRD anno 2002

Mögliche Kostenersparnis durch Zusammenarbeit mit Canaries

Motivation, Erziehung zu verantwortungsvollem Konsumverhalten

Parfüem-Analyse

Vom Umweltbewusstsein zum umweltbewussten Handeln

Vorraussetzung für umweltbewusstes Handeln

Weniger Symptome

Wo bleibt die Logik?

16 Fragen zu: Grundsätzliche Überlegungen zur weltweiten Umweltverschmutzung

44 Fragen an Aerztinnen und Aerzte:

Alle Infos auf einer pdf-Datei

<http://www.safer-world.org/d/Scherrmann/posters/posters.htm>

=====
KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

24.02.2005

Europäisches Parlament will Nichtraucher besser schützen

STRASSBURG. Das Europäische Parlament (EP) fordert einen stärkeren Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12278&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Raucher unterschätzen bestehende Gesundheitsrisiken enorm Persönliches Risiko wird in der Argumentation minimiert

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050224009>

21.02.2005

Tagung: US-Forscher proben Aufstand gegen Bush

Der Konflikt zwischen US-Regierung und Wissenschaftlern geht in die nächste Runde. Bei der größten Forschertagung in den USA griffen Teilnehmer Präsident George W. Bush direkt an - obwohl die Regierung schon seit einiger Zeit mit Gegendruck droht.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-343001,00.html>

Luftverschmutzung führt zu Blutverdickung Aerosole begünstigen einen Schlaganfall

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050221016>

Beschleunigen Neuroleptika die Demenz von Pflegeheimbewohnern? OXFORD. Neuroleptika werden in Pflegeheimen zur Behandlung von Verhaltensstörungen eingesetzt, die eine häufige Begleiterscheinung schwerer Demenzen sind ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12215&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

US-Soladaten haben ein erhoehtes Risiko fuer amyotrophe Lateralsklerose - weshab ist noch weitgehend unklar. Vielleicht ist es die starke körperliche Belastung, vielleicht der erhöhte Kontakt mit Umwelttoxinen, vielleicht eine Mischung aus beidem: Männer, die Wehrdienst leisten, haben ein höheres Risiko, an der amyotrophen Lateralsklerose (ALS) zu erkranken, zumindest in den USA. Das hat eine große, prospektive Untersuchung mit über 400 000 US-Amerikanern ergeben.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=345564,3859,/medizin/gehirn_nerven

Arzneien können Histamin-Intoleranz verstaerken Einige Medikamente können über eine Enzymhemmung den Histamin-Spiegel erhöhen. Manche Patienten reagieren darauf empfindlich, besonders, wenn sie zusätzlich histaminhaltige Nahrungsmittel zu sich nehmen.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=344315,3859,/medizin/allergien>

19.02.2005

Giftstoffe - Ein Thema fuer Umweltschuetzer, keines fuer Aerzte? Die geplante Chemikalien-Richtlinie der EU beschäftigt bislang vor allem Industriebosse, Umweltschützer und EU-Beamte - und hat doch auf die Gesundheit vielfältige Auswirkungen, weiß der CDU-Abgeordnete des

Europaparlaments und Arzt Dr. Peter Liese.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=345905.3864./geldundrecht/recht>

Abgase: 65000 Tote jsehrlich durch Feinstaub Berlin (dpa) - Abgase mit Feinstaub aus Dieselfahrzeugen, der Industrie und Landwirtschaft kosten nach einer neuen Studie jährlich rund 65 000 Menschen in Deutschland das Leben. Durchschnittlich sinke die Lebenserwartung jedes Europäers dadurch um...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=2&d=21&id=117848>

und oder <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-342703,00.html>

Krebsverdacht: Millionen Lebensmittel aus britischen Supermärkten entfernt

Millionen Lebensmittel sind nach einer Krebswarnung aus britischen Supermarktregalen genommen worden. Es handelte sich nach Angaben der "Times" um die "größte Rückrufaktion in der britischen Geschichte" <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-342568,00.html>

Großbritannien: Millionen Lebensmittel unter Krebsverdacht

London (dpa) - Millionen Lebensmittel sind nach einer Krebswarnung am Wochenende aus britischen Supermarktregalen genommen worden. Die umfassende Rückrufaktion war am Freitag von einer Warnung der britischen Lebensmittelbehörde FSA vor einem Krebs...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=2&d=21&id=117845>

Massive Umweltbelastungen durch Edelmetalle in Kfz-Katalysatoren Wissenschaftler warnen vor ökologischen und ökonomischen Folgen <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050219006>

17.02.2005 **Seroquel beschleunigt bei Alzheimer geistigen Verfall** Neue Bedenken gegen Psychopharmaka <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050218006>

=====

KLIMA

Im Neuen Greenpeace-Magazin (März-April 2005, Seite 16f) **Welt in Verwirrung**.

Diese Information ist interessant bzgl. des Bestsellers von Michael Crichtons "Welt in Angst"

KlimaKompakt Spezial Nr. 29 / 23.2.05

Studie untermauert menschlichen Einfluss auf Erderwärmung

Eine neue Studie, die auf der Analyse von Ozeantemperaturen basiert, liefert jetzt zusätzliche Belege dafür, dass der Mensch die

Haupttriebkraft für die globale Erwärmung ist. Wir dokumentieren einen Artikel des "Independent" vom 19.2.05 (Übersetzung durch Germanwatch) -

Hinweise auf weitere Informationen zum Thema finden Sie unten.

Der endgültige Beweis: Die globale Erwaermung ist ein menschengemachtes Desaster

Von Steve Connor, Washington

Wissenschaftler haben die erste eindeutige Verknüpfung zwischen menschengemachten Treibhausgasen und einer dramatischen Erwärmung der Ozeane gefunden. Die Forscher - viele von ihnen werden von der US- Regierung finanziert - haben etwas entdeckt, was sie als eine "umwerfende" Korrelation zwischen einem Anstieg der Ozeantemperatur im Laufe der letzten 40 Jahre und der Emissionsbelastung der Atmosphäre bezeichnen.

Die Studie zerstört ein zentrales Argument der Klimaskeptiker innerhalb der Bush-Administration - dass der Klimawandel ein natürliches Phänomen sein könnte. Sie sollte George Bush davon

überzeugen, seine Einwände gegen den Klimaschutzvertrag von Kyoto fallen zu lassen, so die Wissenschaftler.

Weitere Informationen:

* Süddeutsche Zeitung, 22.02.05: Heiße Spur im Ozean

<http://www.sueddeutsche.de/>

* Spiegel Online, 18.2.05: Meerereswärmung vom Menschen verursacht

<http://www.spiegel.de>

* Scripps Institution of Oceanography: Pressemitteilung 17.2.05

<http://scrippsnews.ucsd.edu>

* Lawrence Livermore National Laboratory: Pressemitteilung 18.2.05

<http://www.llnl.gov/>

* American Association for the Advancement of Science (AAAS):

Pressemitteilung 17.2.05

<http://www.aaas.org/>

Germanwatch e.V.

e-mail: riokonkret@germanwatch.org <http://www.germanwatch.org/rio>

=====

TERMIN

Am Weltfrauentag den 8. März 2005 von 11:30 bis 13:30 auf dem Alexanderplatz in Berlin.

Frauen werden giftig - Aktion in Berlin

Beteiligte Organisationen:

AAK Arbeitskreis Allergiekranke Kind

BPW Business Professional Women

BUND

BUND Jugend

DNR Deutsche Naturschutzring

Forum Umwelt und Entwicklung

Greenpeace

Grüne Liga Berlin

Hamburger Umweltinstitut

IGUMED Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin e.V.

NUT Frauen in Naturwissenschaft und Technik

WECF Women in Europe for a Common Future

Mehr unter <http://www.wecf.org>

=====

POLITIK . BEHOERDEN

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

München, 24. Februar 2005 Presseeinladung - **Aktion Rauchfreie Gastronomie in Unterfranken**
Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller wird den ersten unterfränkischen Aktionsteilnehmern die Teilnahme-Urkunden überreichen. Allein im ersten Monat der neuen Aktion "Rauchfreie Gastronomie" machen schon weit über 100 Betriebe mit und weisen sich als nichtraucherfreundlicher oder rauchfreier Betrieb aus. Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller wird den ersten unterfränkischen Aktionsteilnehmern die Teilnahme-Urkunden überreichen am Samstag, 26. Februar 2005 um 13.30 Uhr in der Martinsklause Martinsstr. 21, 97070 Würzburg.

Innerhalb von zwei Jahren soll die Hälfte aller bayerischen Hotels und Gaststätten nichtraucherfreundlich oder rauchfrei sein. Das ist Ziel der Vereinbarung des Bayerischen Gesundheitsministers Werner Schnappauf mit dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband

(BHG).

Weitere Auftaktveranstaltungen in den einzelnen Regierungsbezirken werden folgen. Sie sollen die Aktion noch stärker ins Bewusstsein von Betrieben und Gästen bringen. Weitere Informationen:

<http://www.gesundheit.bayern.de>

*

München, 24. Februar 2005 **Mehr Gesundheits- und Umweltschutz durch neues Chemikalienrecht**

Auch die Bundesregierung muss sich für eine Nachbesserung der von der EU geplanten Chemikalienverordnung (REACH) einsetzen. Dazu hat heute Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstaatssekretärin Emilia Müller die Bundesregierung aufgerufen. "Die Kommission hat signalisiert, bei der geplanten Regelung die Ergebnisse neuer Folgenabschätzungen zu berücksichtigen. Jetzt ist es höchste Zeit für den Bund, in Brüssel tätig zu werden", forderte Müller bei einer Veranstaltung der IHK in Bayreuth zu REACH. "Es ist kontraproduktiv, wenn der Bund durch Streitigkeiten mit Verbänden versucht, auf dem Rücken der Verbraucher größere gegen kleinere Unternehmen auszuspielen und das Wesentliche aus den Augen verliert, nämlich einen sicheren Umgang mit Chemikalien, eine schnelle Datengewinnung und die Weitergabe aller wichtigen Informationen. Für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz brauchen wir praktikable Regelungen, die zügig zum Ziel führen." Entscheidend für die Registrierung eines Stoffes müsse dessen mögliches Risiko für Umwelt und Gesundheit sein und nicht allein die produzierte oder importierte Menge eines Stoffes. Auch seien die Registrierungsanforderungen zu vereinfachen und der Know-how-Schutz zu verbessern, so die Staatssekretärin. Durch die systematische Erfassung risikobezogener Daten von Chemikalien sollen langfristig bisher möglicherweise unbekannte Gefahrenpotenziale frühzeitig identifiziert werden.

Im Interesse eines effektiven Umwelt- und Verbraucherschutzes ist es Müller zufolge zu begrüßen, dass Brüssel das europäische Chemikalienrecht vereinheitlichen und rund 30.000 Chemikalien systematisch erfassen und bewerten will. "Der Verordnungsvorschlag mit weit mehr als 1.000 Seiten ist jedoch immer noch ein bürokratisches Monstrum und in der Praxis kaum handhabbar", so die Staatssekretärin. Auch kleine und mittlere Unternehmen müssen die Chance haben, die rechtlichen Regelungen mit vertretbarem finanziellem Aufwand und sicher umsetzen zu können. Müller: "Entscheidend ist für uns, dass ein Mehrwert für die Gesundheit und für die Umwelt geschaffen wird, ohne dabei Arbeitsplätze zu vernichten und Betriebsgeheimnisse preiszugeben".

Bayern hatte die konkreten Auswirkungen des REACH-Vorschlags bereits in einer Pilot-Studie untersucht. Weniger Aufwand für die Registrierung von Stoffen, das konkrete Risikopotential als Kriterium für die Datenerhebung bei REACH, die Verringerung von Wettbewerbsnachteilen für EU-Unternehmen gegenüber Nicht-EU-Unternehmen und ein sinnvoller Schutz von Geschäftsgeheimnissen sind das Ziel des bayerischen Engagements im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens. "Dafür muss sich auch die Bundesregierung einsetzen", betonte Müller. Weitere Informationen: <http://www.arbeitsschutz.bayern.de>

=====

BUNDESTAG

Berlin: Mo, 21.02.2005 R Verbraucherschutz/Antrag

Union dringt auf Nachbesserung beim deutschen Bio-Siegel

Berlin: (hib/SAS) Das deutsche Biosiegel soll nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion nachgebessert werden. Die Fraktion kritisiert in ihrem Antrag (15/4840), dass weltweit erzeugte Bioprodukte mit einem "undifferenzierten" deutschen Bio-Siegel gekennzeichnet werden dürften; dieses gäbe aber deutschen Verbraucherinnen und Verbrauchern wenig Auskunft über die Produktionsstandards und Herkunft der Produkte. Die Union dringt deshalb darauf, Herkunftsangaben als eigenständige Produktinformation in Kombination mit dem Öko-Kennzeichen verpflichtend vorzuschreiben. Sie regt an, dass die Landesfarbe des Herkunftsgebietes dem Bio-Siegel unterlegt werden könnte. Sicherzustellen ist ihrer Ansicht nach auch die Rückverfolgbarkeit, wie sie eine entsprechende EU-Verordnung vorschreibe und somit das Führen des Ursprungsnachweises. Die Rückverfolgbarkeit bei

Produkten sei so zu definieren, dass pflanzliche Erzeugnisse auf einer Agrarfläche ihres Herkunftsgebietes angebaut werden müssten. Auch soll die Bundesregierung das Öko-Kennzeichengesetz derart nachbessern, dass bei Fleisch die Tiere im jeweiligen Herkunftsgebiet geboren und in einem landwirtschaftlichen Betrieb dieses Herkunftsgebietes gehalten worden sein müssen. Darüber hinaus sehen die Abgeordneten den Änderungsbedarf, beim Bio-Siegel weitere Produktionskriterien zu verankern. Diese sollen - so der Antrag weiter - Gesamtbetriebsumstellungen, den Ausschluss konventioneller Wirtschaftsdünger sowie die Verpflichtung der Fütterung von Grünfütter an Pflanzenfresser im Sommer und damit das Verbot der Ganzjahressilagefütterung beinhalten. Zur Begründung führt die Union an, dass nur durch diese zusätzlichen Anforderungen dem Grundgedanken des ökologischen Landbaus Rechnung getragen werden könne.

Das Öko-Kennzeichengesetz ist seit 15. Dezember 2001 in Kraft und soll Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit beim Erkennen von Bio-Produkten geben. Es richtet sich nach EU-Recht und verlangt, dass zumindest 95 Prozent der Zutaten eines Produktes mit Bio-Siegel aus ökologischem Landbau stammen müssen.

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

07/2005, 21.02.2005

Vorsicht vor Vergiftungen im Haushalt und Hobbybereich! Ärztliche Meldungen zu Unfällen mit Chemikalien liefern wichtige Informationen für den Schutz vor Gefahren

Ganz gleich, ob es sich um Haushaltsreiniger, Hobby- oder Heimwerkerprodukte, Holz- oder Pflanzenschutzmittel handelt: Sobald es zu Vergiftungen durch Chemikalien kommt, sind die hinzugezogenen Ärzte verpflichtet, diese gemäß Chemikaliengesetz an das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zu melden. Um den Menschen vor Schäden durch gefährliche Stoffe und Zubereitungen wirksam schützen zu können, ist die umfassende Kenntnis der Vergiftungsdaten unerlässlich. „Für eine realistische Einschätzung der gesundheitlichen Gefährdung des Menschen durch chemische Stoffe und Erzeugnisse“, so BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, „gewinnt die Dokumentation und Auswertung von Vergiftungsfällen zunehmend an Bedeutung“. Im Gegensatz zu Arzneimitteln, die systematisch am Menschen erprobt würden, bildeten bei Chemikalien die Vergiftungsmeldungen die wichtigste und häufig die einzige Quelle, um relevante Informationen über die Giftigkeit von Stoffen für den Menschen zu erhalten.

Im Jahr 2003 wurden der zentralen Erfassungsstelle für Vergiftungen im BfR über 6.500 Vergiftungen gemeldet. Außerdem sind in diesem Zeitraum mehr als 19.000 neue Produktinformationen zu Chemikalien und Zubereitungen von Herstellern und Vertreibern eingegangen. „Die Informationen stehen allen Giftinformationszentren in Deutschland zur Verfügung und helfen ihnen bei der Beratung und Behandlung“, erklärt Dr. Axel Hahn, Leiter der Erfassungsstelle für Vergiftungen im BfR. Außer einer effektiveren Hilfe bei Vergiftungen tragen die Angaben dazu bei, Risiken genauer abzuschätzen und Gefahren wirksam abzuwehren. In der soeben veröffentlichten Broschüre „Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2003“ hat das BfR die wichtigsten Zahlen zu Vergiftungsmeldungen und eine Auswahl von Fallbeispielen zusammengestellt.

Auch wenn es sich beim Großteil der Vergiftungsmeldungen um Arbeitsunfälle handelt, stellen Vergiftungen in Haushalt und Freizeit immer noch eine der größten Herausforderungen dar. „Der Fall eines zweijährigen Kindes, das Abflussreiniger schluckte und dadurch schwere Verätzungen der Speiseröhre erlitt, macht deutlich, dass selbst bekannte Gefahrenquellen durch Fahrlässigkeit immer wieder verheerende Wirkungen entfalten können“, so Hahn. In dem genannten Fall hatte ein Handwerker Kalilauge-haltigen Abflussreiniger in eine Tasse umgefüllt. Unbemerkt gelangte das Kind an die Lauge und trank davon. Das Kind hatte noch Wochen nach Behandlung der schweren Verätzungen in Speiseröhre und oberem Magenbereich mit erheblichen Schluckbeschwerden zu kämpfen und musste erneut stationär behandelt werden. Mit der Schilderung dieses Unfalls verbindet das BfR die Warnung, dass Abflussreiniger trotz korrekter Kennzeichnung und kindergesicherter Verschlüsse durch einen unsachgemäßen Umgang zu einer Gefahrenquelle im Haushalt werden können.

Ebenfalls mit Blick auf den Haushalt erneuert das BfR seinen Appell, giftige Substanzen stets in den Originalverpackungen und nicht etwa in Getränkeflaschen aufzubewahren. In mehreren Fällen kam es auf diese Weise zu Verwechslungen mit dem Frostschutzmittel Ethylenglykol. Einige der Vergiftungen endeten tödlich. Das BfR wird seine Aufklärungsarbeit über dieses Risiko deshalb fortsetzen. Ärzte sollten mit solch schweren Vergiftungen durch Ethylenglykol rechnen: Je früher behandelt wird, desto besser kann der Verlauf der Vergiftung beeinflusst werden.

In seiner Informationsbroschüre, die sich besonders an Ärzte, Klinik- und Rettungspersonal richtet, beschreibt das BfR für weitere ausgewählte Vergiftungsfälle ausführlich die Symptome, den Verlauf des Unfalls und die Therapieansätze.

Zusätzlich zu den jährlich erscheinenden Berichten pflegt das BfR zur Unterstützung der Arbeit der Giftzentralen seit 1997 eine Giftinformationsdatenbank. Mit den 2003 eingegangenen Meldungen stehen rund 200.000 Einzelinformationen zu Vergiftungsfällen, chemischen Stoffen und Zubereitungen zur Verfügung. Durch die Novellierung des Chemikaliengesetzes sind nun auch die Daten von 7.221 meldepflichtigen, gefährlichen Zubereitungen und Biozidprodukten, wie Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, unter den erfassten Produkten.

Die in der Reihe „BfR-Information“ veröffentlichten „Ärztlichen Mitteilungen bei Vergiftungen“ der Jahre 2003 und 2002 sind kostenlos erhältlich. Sie können schriftlich in der Pressestelle des BfR, Thielallee 88-92, 14195 Berlin angefordert werden (Fax: 030-8412-4970, Mail: pressestelle@bfr.bund.de). Sie stehen außerdem auf der Homepage des BfR (www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt Publikationen/Broschüren und Falblätter als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.

Dokumente - [Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2003 \(Informationsbroschüre des BfR vom 31.01.2005\) \(PDF-Datei, 769,4 KB\)](#)

=====

UBA – UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 24.02.2005: Gemeinsame Aktion der OBI Baumärkte, Aktion No-Energy und des Umweltbundesamtes

Umweltbundesamt fordert: Stoppt den Stromklau in Haushalten und Büros - OBI verleiht bundesweit Messgeräte, die Leerlaufverlusten von Elektrogeräten auf die Schliche kommen

PC, Stereoanlage, Leuchten – in vielen Haushalten und Büros gibt es Elektrogeräte, die Strom verbrauchen, obwohl sie gar keine Leistung erbringen. Grund: Sie lassen sich nicht richtig ausschalten. Diese unnötigen Leerlaufverluste kosten in Deutschland jedes Jahr mindestens 3,5 Milliarden Euro. Das Umweltbundesamt (UBA) fordert deshalb: Aus muss auch wirklich aus sein! Jedes Elektro- und Elektronikgerät muss einen Netzschalter haben, der einfach zugänglich, gut sichtbar und eindeutig gekennzeichnet ist. Die OBI Baumärkte, die „Aktion No-Energy“ und das UBA wollen es den Bürgerinnen und Bürgern einfacher machen, unnötigen Stromverlusten auf die Spur zu kommen. In über 190 OBI Baumärkten kann man sich so genannte Energiekostenmonitore leihen, die helfen, Leerlaufverlusten auf die Schliche zu kommen. Dazu sagt Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes: „Weniger Leerlaufverluste schonen den Geldbeutel des Einzelnen. Zudem – und das freut uns als Umweltbundesamt natürlich vor allem – in der Summe senkt das auch den Energieverbrauch. Und das entlastet gleichzeitig unser Klima von Treibhausgasen.“ ...

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-009.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-009.pdf>

*

Berlin, den 21.02.2005

Emissionshandel: Über 1000 Zuteilungen rechtskräftig – Bearbeitung der Widersprüche läuft - 1.050 Bescheide bestandskräftig

Die Mehrzahl der insgesamt 1.849 Zuteilungsentscheidungen vom Dezember 2004 für die Verteilung der kostenlosen Kohlendioxid (CO₂)-Emissionszertifikate ist inzwischen bestandskräftig geworden. Erwartungsgemäß nutzen jedoch auch zahlreiche Unternehmen das verwaltungsrechtliche Widerspruchsverfahren: Insgesamt 799 Widersprüche sind gegen Zuteilungsentscheidungen bis zum 31. Januar 2005 – dem Ende der Widerspruchsfrist – bei der Deutschen Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt (DEHSt) eingelegt worden. Nur knapp 200 davon wurden allerdings bisher mit Begründungen versehen. In den meisten dieser Fälle fordern die Unternehmen pauschal eine nochmalige Überprüfung der zugeteilten Menge an Emissionsberechtigungen. Die Widersprüche führen nicht zu einer Aufschiebung des Handels.

Die Zahl der Widersprüche ist nicht überraschend. „Da die Emissionsberechtigungen geldwerte Vorteile sind und für die kommenden drei Jahre Gültigkeit haben, nutzen zahlreiche Unternehmen die rechtlichen Möglichkeiten, wie sie jedes Unternehmen und jeder Bürger im Verwaltungsverfahren hat. Die Zuteilungsentscheidungen sind zudem rechtliches Neuland. Wir haben damit gerechnet, dass viele Unternehmen jetzt zunächst einmal alle Spielräume für die Überprüfung der Bescheide nutzen wollen“, sagt Professor Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes.

Die überwiegende Zahl der Widersprüche ist bislang noch nicht näher begründet oder lediglich fristwährend eingelegt worden. Nur in 20 Prozent der Fälle liegen bereits Begründungen vor. Dabei steht die anteilige Kürzung im Vordergrund, die notwendig ist, um das deutsche Gesamtbudget einzuhalten. Daneben richten sich Widersprüche auch gegen die zugrundegelegten Standards der besten verfügbaren Techniken (so genannte Benchmarks). Vereinzelt wird das europäische Emissionshandelssystem und dessen Umsetzung in Deutschland allgemein in Frage gestellt.

Das Umweltbundesamt ist bestrebt, alle Widersprüche so schnell wie möglich zu bearbeiten. Weil alle Ausgangsbescheide im Dezember 2004 fast zeitgleich vollelektronisch versandt wurden und damit auch alle Widersprüche zeitlich sehr kompakt in der DEHSt eingingen, ist mit einer längeren Bearbeitungszeit zu rechnen. Dies ergibt sich schon aus der entstehenden Bearbeitungsspitze und der notwendigen Kommunikation mit den Widerspruchsführern, zum Beispiel durch erfahrungsgemäß aufwendige Rückfragen zu den Sachverhalten. „Die DEHSt wird ihre kundenorientierte Arbeitsweise auch im Widerspruchsverfahren fortsetzen“, versichert Dr. Hans Jürgen Nantke, Leiter der DEHSt.

Weitere Informationen im Internet unter: www.umweltbundesamt.de/emissionshandel

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-008.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-008.pdf>

18.02.2005

Kraftfahrzeuge im Betrieb teilweise lauter als zulässig

Forschungsprojekt zeigt: Geräuschvorschriften für Kraftfahrzeuge müssen besser überwacht werden

Ein Großteil der Bevölkerung fühlt sich durch den Lärm des Straßenverkehrs stark belästigt. Weniger Lärm wäre möglich, falls zum Beispiel Pkw und Lkw die Geräuschvorschriften über ihre gesamte Lebensdauer einhalten würden. Dies ist aber nicht der Fall, wie der TÜV Rheinland im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) herausgefunden hat. Eine ganze Reihe Fahrzeuge hielt die so genannten Lärm-Typprüfwerte nicht mehr ein. Ein weiteres Ergebnis: Die regelmäßige, zweijährige Fahrzeugprüfung nach Straßenverkehrszulassungs-Ordnung kann nur bedingt kontrollieren, ob die Geräuschvorschriften eingehalten werden. Das UBA empfiehlt daher zusätzliche stichprobenartige

Kontrollen bei den regelmäßigen Inspektionen in den Werkstätten. So könnten Mängel festgestellt und beseitigt werden. ...

Das Projekt zeigt: Die Feldüberwachung ist ein sinnvolles Instrument zum Aufdecken veränderten Geräuschverhaltens der Kfz, insbesondere, solange die

Konformitätsprüfung und die regelmäßige Überwachung der Kraftfahrzeuge nicht verbessert wird. Das UBA empfiehlt, dieses Instrument auch zukünftig anzuwenden.

Der vollständige Forschungsbericht sowie detailliertere Informationen sind beim Umweltbundesamt, Fachgebiet I 3.3 erhältlich. Fax: 030/ 8903 - 2106;

e-Mail: michael.jaecker-cueppers@uba.de .

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-007.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-007.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/80

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt